

Antrag der FDP-Fraktion

öffentlich

Zur Sitzung	Sitzungstermin	Behandlung
Rat der Stadt	28.03.2011	Entscheidung

Betreff

Verkauf der Gebag

Inhalt

Der Rat der Stadt beschließt den Verkauf der Wohnungsbaugesellschaft Gebag (Duisburger Gemeinnützige Baugesellschaft AG) inklusive des gesamten Wohnungs- und Immobilienbestandes und aller verbundenen Unternehmen und Beteiligungen der Gesellschaft. Der Erlös wird zur Schuldentilgung eingesetzt.

Begründung:

Zum wiederholten Male hat die Finanzaufsicht die Stadt Duisburg und ihre Entscheidungsträger dazu aufgefordert, endlich Konsolidierungsmaßnahmen vorzunehmen, die kurz- und langfristig den Haushaltsausgleich herstellen können. Dies ist am ehesten durch die Reduzierung der gewaltigen jährlichen Zinslast möglich, die wegen der hohen Altschulden zu leisten ist. Demnach liegt der Schlüssel zum angestrebten Haushaltsausgleich vornehmlich bei der Reduzierung der Altschulden. Hier ausschließlich Hilfen durch Land und Bund herbei zu wünschen, ohne selbst deutlich erkennbare Eigenleistungen erbracht zu haben, ist aus Sicht der FDP äußerst fragwürdig.

Nur durch die Reduzierung der angehäuften Altschulden reduzieren sich auch die jährlichen Zinsen. Nur durch die Reduzierung der jährlichen Zinslast ist zukünftig ein ausgeglichener Haushalt möglich. Erst dann wird die Stadt wieder Gestaltungsspielräume erlangen. Die effektivste Möglichkeit zur Senkung der Altschulden ist (wie in privaten Lebensbereichen auch) der Verkauf von Vermögensbeständen und Beteiligungen.

Hier kommt u. a. der Verkauf der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Gebag in Betracht, denn positive Beispiele wie der Verkauf der Dresdener oder Düsseldorfer Wohnungsbaugesellschaften oder der Verkauf der LEG-Wohnungen hat gezeigt, dass entgegen aller oft geäußerten Befürchtungen durchaus ein hoher Gewinn erzielt werden kann und die Verkäufe letztendlich für die Mieter keinerlei nachteilige Auswirkungen hatten.

Bei dem Verkauf der Gebag würde es sich um ein deutliches Signal in Richtung Landes- und Bundesregierung handeln. Außerdem wird die Forderung der Finanzaufsicht nach ´deutlich sichtbaren Einschnitten und Eigenleistungen´ erfüllt, ohne dass die Bürger der Stadt davon negativ berührt würden.